

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/87

7. Mai 1971

Der neue Start der Sozialdemokraten

---

Zum ersten Parteitag der SPD vor 25 Jahren  
in Hannover

Von Willy Brandt  
Vorsitzender der SPD und Bundeskanzler

Seite 1 bis 2a / 108 Zeilen

Genfer Konvention auch für US-Soldaten

---

MdB-Engagement für Kriegsende in Vietnam

Von Peter Corterier SPD-MdB  
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des  
Bundestages

Seite 3 / 43 Zeilen

Die Union sollte auf Strauß hören

---

Zum wirtschaftspolitischen Zick-Zack der  
CDU/CSU

Seite 4 / 31 Zeilen

Gefahr von den Extremen

---

Wehners Warnung und der Unverstand  
der CDU/CSU

Seite 5 / 44 Zeilen

## Der neue Start der Sozialdemokraten

---

Zum ersten Parteitag der SPD vor 25 Jahren in Hannover

Von Willy Brandt

Vorsitzender der SPD und Bundeskanzler

Am 8. Mai 1945 wurde die Forderung der Alliierten nach "bedingungsloser Kapitulation" erfüllt. Damit ging allerdings auch die Einmütigkeit der Siegermächte in ihren Kriegszielen zuende. Die Aufteilung in "Zonen" und die Sonderstellung der Hauptstadt Berlin wurden nicht zu einer Arbeitsteilung beim Aufbau einer neuen deutschen, demokratischen Verwaltung: sie wurden weitgehend macht- und wirtschaftspolitische Stützpunkte der jeweiligen Besatzungsmächte, die insbesondere zwischen "West" und "Ost" kaum noch kooperierten.

Der Flüchtlingsstrom von Millionen aus dem Osten und die Zwangsvereinigung der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei der Ost-Zone zur "Einheitspartei" zeigen den Unterschied der Auffassungen darüber, wie aus dem Lande der zwölfjährigen Hitlerdiktatur ein demokratisches Gemeinwesen zu schaffen war, das "frei von Not und Furcht" zu den "friedlichen Völkern" gehören sollte - wie die von allen Alliierten unterzeichnete Atlantik-Charta vorsah.

Das Elend jener Tage schien hoffnungslos unüberwindbar; der politische Horizont zeigt selbst für Optimisten kaum eine Spur eines Silberstreifens!

Genau ein Jahr nach der Kapitulation hatte Dr. Kurt Schumacher, der neue Führer der Sozialdemokraten, vom 9. bis 16. Mai 1946 zum ersten Parteitag nach Hannover eingeladen. Zweiundzwanzig Bezirke waren mit 258 Delegierten vertreten. Symptomatisch war schon der Tagungsraum: der von den Arbeitern mit großer Anstrengung erneuerte Speisesaal der Hanomag, deren Betriebsratsvorsitzender Ernst Winter die Teilnehmer zu dem neuen Start begrüßte.

Kurt Schumacher analysierte die politische Situation und die besonderen Aufgaben der Sozialdemokratie. Als Freiwilliger

im ersten Weltkrieg zum Krüppel geschossen, nach jahrelanger Haft im Konzentrationslager entsetzlich mitgenommen, personifizierte er geradezu das Sinnbild eines Menschen jener Tage, der allen leidvollen Erfahrungen und allen Widerständen trotzend eisern an der sozialdemokratischen Aufgabe festhielt: aus Deutschland eine freiheitliche Demokratie mit gerechter Wirtschafts- und Sozialordnung zu machen.

Seinen ersten großen Erfolg für die Partei und das deutsche Volk hatte er bereits errungen: Unter dem rücksichtslosen Einsatz aller Kräfte und Möglichkeiten hatte er erreicht, daß das Vereinigungsmanöver der Kommunisten sich auf die Sowjetunion beschränkte. "Deutschland wird eine Demokratie sein - oder es wird nicht sein", so warnte er vor Erschwerungen des wirtschaftlichen Aufbaus, die als "Zerstörung der deutschen Kriegsindustrie" galten: die Reduzierung der Stahlproduktion, die nicht halbwegs zu einer friedlichen Produktion ausreichte, und die zum Teil sinnlosen Demontagen, welche Arbeitsplätze zerstörten, ohne jemanden zu nützen. Sicherung der Arbeitsplätze aber und rationaler wirtschaftlicher Neubeginn waren untrennbar verwoben mit demokratischer Haltung.

Zahlreiche Redner belegten diesen Zusammenhang mit Tatsachen. Unter dem Aspekt, die letzten Jahre von "Weimar" vor Augen, war Schumachers besondere Feststellung zu verstehen: "Nach ihrem (der Demokratie) wirklichen Fundament befragt, muß ich mit Schmerz feststellen, daß heute in Deutschland die Demokratie noch nicht sehr viel stärker ist als die Sozialdemokratische Partei. Wir würden Demokraten sein, auch wenn die Amerikaner und Engländer Faschisten wären". Und: "Wir haben es mit einem Volk zu tun, das in seinen Träumen zu einem Teil eigentlich mehr darüber trauert, daß dieser Krieg verloren ging, als daß es darüber trauerte, daß dieser Krieg möglich war und geführt wurde".

Angesichts solcher Verantwortung nahm der Parteitag "Richtlinien" an: Die vom Nationalsozialismus verführte Jugend sollte nicht den Regeln der Entnazifizierung unterworfen werden. Weiter gab es Beschlüsse für die Freigabe der wirtschaftlichen Entscheidung (gegen Demontagen und einseitige Beschränkung); zur Ernährungspolitik; zur Behandlung der Vertriebenen und - nicht zuletzt - der Frauen. All dies war ausgerichtet auf die dringenden Tagesnöte.

Deren Behebung war das Dringendste. Darüber gab es nur eine Stimme. Die Sozialdemokraten haben gerade in der Gemeindearbeit, einer alten Domäne ihrer Tätigkeit, diese Richtlinien anwenden können.

Der Parteitag war neben aller sachlichen Erörterung und Beschlusfassung ein Tag des Wiederschens: der Verfechten, der Illegalen, der Emigranten, der anderswie Untergetauchten, der Alten und Jungen, der Männer und Frauen - aller überzeugten Sozialdemokraten. Erstaunlich war, wie wenig Haß und Ressentiments bei den Teilnehmern durchbrachen, die zum Teil unerhörte Verfolgungen erlitten hatten, wie neben Schumacher und vielen anderen auch Fritz Henssler, einer der Vorsitzenden des Parteitages. Sie alle besaßen, ausgesprochen oder insgeheim, die Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft Deutschlands und das Gefühl der Solidarität mit den gefallen Kameraden, die ihr Leben gelassen hatten. Die Ehrung dieser Opfer stand am Beginn des Parteitages.

Der Parteitag konstituierte die wiedergegründete Partei, gab ihr ein Organisationsstatut und wählte ihren Vorstand, mit Kurt Schumacher als Vorsitzendem, und die Kontrollkommission.

Zu berechtigter Freude Anlaß bot die keineswegs selbstverständliche Tatsache, daß es neben der Sozialdemokratischen Partei keine andere sozialistische Gruppe oder Partei mehr gab, wie sie bis 1933 bestanden hatten. Die Einigung war unter anderem vorbereitet worden durch die "Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien", die am Ende der Emigrationszeit mitteilen konnte: "Unsere Arbeit hat den erfreulichsten und hoffnungsvollsten Abschluß gefunden, der denkbar war. Sie mündet in die Arbeit für den Wiederaufbau, den Kampf und den Sieg der neuen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands".

Diese Einheit ist nie wieder zerbrochen. Was viele erwartet hatten, trat nicht ein: Obwohl allen klar war, daß das Heidelberger Programm von 1925 überholt war, gab es keinen Streit um ein neues Programm. Schumacher wußte natürlich um diesen Mangel aber er warnte vor zu großer Eile. Er begann seine Rede: "Wir sind in einer Periode des Übergangs, in einer Periode, in der sich noch keine Tatsache gestaltet hat, und solange Tatsachen nicht die deutliche Tendenz der Gestaltung haben, würden Programme sinnlos sein".

Soweit es eine Formulierung von Programmsätzen betraf, wurde sein Rat befolgt. Für viele Menschen galt damals, was ein führender Kommunalpolitiker gesagt hatte: Hundert Wolldecken seien wichtiger als die schönsten Programme. Aber Sozialdemokraten hatten immer eine programmatische Grundlage für ihre Politik für unentbehrlich gehalten.

So zeigte es sich auch in Hannover. Schumacher selber gab den Ton dafür an. Er verwarf die Dogmatisierung des "Marxismus", pries aber dessen analytische Fähigkeit, und dann traf er eine neue Vorentscheidung, über deren Kern fast jeder Redner sich äußerte: "Ich gebe jedem Sozialdemokraten das Recht, aus anderen Motiven und mit anderen Argumentationen vom Philosophischen über das Ethische zum Religiösen seinen Sozialdemokratismus zu begründen".

Das hieß praktisch und sollte so heißen, daß die Sozialdemokraten keine "in sich geschlossene Lehre" für alle verbindlich erklären wollten. Ein Antrag zur Bildung einer Programmkommission wurde dem Vorstand überwiesen. Erst nach acht Jahren, im Berliner Vorwort zum Dortmunder Aktionsprogramm, und dann nach weiteren fünf Jahren, im Godesberger Grundsatzprogramm, konnte die Partei das neue Programm verabschieden, für das jedoch schon in Hannover die Ansätze sichtbar geworden waren.

+ + + (-/ec/7.5.1971/ks) -  
(Dieser Artikel erscheint gleichzeitig in der "Westfälischen Rundschau"/Dortmund)

Genfer Konvention auch für US-Soldaten

MdB-Engagement für Kriegsende in Vietnam

Von Peter Corterier SPD-MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Der US-amerikanische Kongreßabgeordnete Roger H. Zion bemüht sich zurzeit auf einer Europareise um die Unterstützung möglichst vieler europäischer Parlamentarier für einen erneuten Versuch, die nordvietnamesische Regierung, die Südvietnamesische Befreiungsfront und den Pathet Lao zur Einhaltung der Bestimmungen der Genfer Konvention gegenüber den in ihrem Gewahrsam befindlichen amerikanischen Kriegsgefangenen zu veranlassen.

Leider muß festgestellt werden, daß gegenüber diesen Amerikanern ständig die Bestimmungen der Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen verletzt werden. Das beginnt bereits damit, daß die kommunistische Seite einen großen Teil der Namen der Gefangenen und der Gefallenen überhaupt nicht veröffentlicht. Die Angehörigen von über 1000 vermißten Amerikanern wissen zum Teil schon seit Jahren nicht, ob ihr Ehemann, ihr Vater oder ihr Sohn noch lebt. Die Gefangenen werden zudem nur unzulänglich ernährt. Wegen der völlig unzureichenden ärztlichen Versorgung haben viele amerikanische Gefangene dauernde gesundheitliche Schäden davongetragen, und einige sind deshalb gestorben. Immer wieder gibt es Berichte über physische und psychische Qualereien von amerikanischen Gefangenen.

Die Kommunisten haben es bisher abgelehnt, Inspektionen der Gefangenenlager und der Gefängnisse durch das Internationale Rot Kreuz, wie sie in der Genfer Konvention vorgesehen sind, zuzulassen.

Es gibt im Deutschen Bundestag sicherlich sehr unterschiedliche Auffassungen über das amerikanische Engagement in Vietnam. Über alle politischen Meinungsverschiedenheiten hinweg sind sich aber darin einig, daß es ein Gebot der einfachsten Menschlichkeit ist, die Bestimmungen der Genfer Konvention endlich auch den gefangenen Amerikanern in Indochina zugute kommen zu lassen. Es ist daher zu begrüßen, daß die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses sich entschlossen haben, den humanitären Appell ihrer Kollegen aus dem amerikanischen Kongreß durch eine eigene Initiative bei dem Ministerpräsidenten von Nordvietnam zu unterstützen.

Eine bessere Behandlung der Gefangenen und schließlich ihre Freilassung im Austausch gegen Gefangene der Südvietnamesen wäre nicht nur ein großer Fortschritt vom menschlichen Standpunkt, sondern könnte auch erhebliche politische Bedeutung haben, denn die Kriegsgefangenenefrage ist einer der wesentlichsten Punkte, die zurzeit noch einem Friedensschluß in Vietnam entgegenstehen. Unser Eintreten für diese Kriegsgefangenen ist daher gleichzeitig ein Engagement für die Beendigung dieses Krieges, der noch immer jeden Tag unsagbare Leiden für die schwer geprüften Völker Indochinas mit sich bringt. (-/ex/7.5.1971/ks)

Die Union sollte auf Strauß hören  
-----

Zum wirtschaftspolitischen Zick-Zack der CDU/CSU

Konjunkturpolitik kann nur dann erfolgreich betrieben werden, wenn man Geduld und starke Nerven hat. Das hat das Gemeinschaftsgutachten der Wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aufgezeigt. Man muß Entwicklungen abwarten können. Wie ein Bundesfinanzminister es einmal formuliert hat: "Man darf nicht immer hektisch an der Konjunkturschraube drehen wollen". Diese Stetigkeit, die der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß im Jahre 1969 mit Recht forderte, läßt die gegenwärtige Opposition leider vermissen.

Seit 1969 hat die CDU/CSU durch ihren wirtschaftspolitischen Zick-Zack-Kurs erheblich zur Verwirrung der Öffentlichkeit beigetragen.

Im Wahljahr 1969 bagatellisierte sie die Preisentwicklung und suchte die DM-Aufwertung zur Abwehr der importierten Inflation zu verhindern. Erst die SPD/FDP-Koalition konnte die D-Mark dann am 26. Oktober aufwerten.

Eines der CDU/CSU-Argumente war gewesen, die Konjunktur werde durch die Aufwertung erwürgt. Aber schon bald, Anfang 1970, schwenkte die Opposition um und setzte sich für Konjunkturdämpfung ein. Damit rannte sie freilich offene Türen ein. Die Regierung beschloß eine ganze Reihe flankierender Maßnahmen zur Aufwertung.

Aber die Gemeinsamkeit dauerte nicht lange. Am Jahresende 1970 warnte die CDU/CSU bereits wieder vor einer "unmittelbaren Gefahr einer Wirtschaftskrise" und machte sich "Sorgen um die Arbeitsplätze" (Dr. Gerhard Stoltenberg).

Inzwischen hat die CDU/CSU wieder das Ruder herumgerissen. Dr. Barzel verlangt ein "Anti-Inflationsprogramm".

Die nächste Kehrtwendung wird vielleicht nicht mehr stattfinden. Denn neuer Wirtschaftssprecher der CDU/CSU wird Strauß. Derselbe Franz Josef Strauß, der 1969 eine so intensive Abneigung gegen Hektik gezeigt hat.

(-/ee/7.5.1971/ks)

### Gefahr von den Extremen

#### Wehners Warnung und der Unverstand der CDU/CSU

Herbert Wehner hat während seines Israel-Besuches, der sich als großer Gewinn für die Bundesrepublik Deutschland erwies, offen ausgesprochen, was auch viele besorgte Bundesbürger bewegt. Er hat laut Bericht einer israelischen Zeitung auf die zügellose Hetzkampagne gegen die SPD und deren Ostpolitik hingewiesen und in diesem Zusammenhang auch die Möglichkeit von Attentaten gegen den Bundeskanzler und sich selbst erwähnt. Das waren nicht leicht hingeworfene Worte, die er übrigens schon einmal vor Wochen geäußert hatte. Ihre Rechtfertigung leitet sich ab vor dem Hintergrund der Verschärfung des innenpolitischen Klimas, die nicht zu leugnen ist und sich auf bedrückende Weise bekundet. Aber was machen Sprecher der CDU und CSU aus dieser Warnung Wehners? Sie flüchten in Injurien, greifen zu unqualifizierten Unterstellungen und haben den traurigen Mut, zu sagen, daß es sich hier um einen "zynischen Versuch handelt, die SPD-Ostpolitik der kritischen Diskussion zu entziehen".

Darum geht es nun aber wirklich nicht und das wissen auch diese Sprecher. Die parlamentarische Opposition hat sogar, und das ist legitim, das Recht und die Pflicht zur Kritik dort, wo sie angebracht und berechtigt erscheint. Bisher hat sich die CDU/CSU freilich nicht gerade als ein konstruktiver Kritiker der Ostpolitik einen guten Ruf machen können. Hier steht sie vor dem nichts. Als Ersatz liefert sie lediglich unzählige Negativ-Äußerungen über die von unseren Verbündeten gebilligte und als für die Organisation des Friedens hilfreich bewertete Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Diese Äußerungen berühren die Bereiche des Irrationalen, sie erwecken Emotionen und vergiften die Atmosphäre. Was sollen solche in diesem Zusammenhang aufgebraachte Beschuldigungen wie vom "Ausverkauf Deutschlands", es werde eine "Politik des nationalen Verrates und der Preisgabe" getrieben? Was wird hier preisgegeben? Wo liegt hier ein Verrat? Es wird nichts verschenkt, was wir ohnehin nicht haben und was durch den frevelhaft entfesselten Zweiten Weltkrieg verloren ging.

Was Wunder, wenn diese in unser Volk hineingeworfenen Verleumdungen Gestalt annehmen bei labilen Menschen und Gruppen, Gestalt annehmen in Morddrohungen etwa bei der "Aktion Widerstand", wo es hieß und heißt: "Brandt muß an die Wand". Wer so spricht, ist auch entschlossen, es nicht beim bloßen Wort zu belassen. Die Weimerer Zeit liefert dafür erschreckende Beispiele.

Die Reaktion der CDU/CSU-Sprecher auf die allgemeingültige Warnung Herbert Wehners ist nicht nur durch politische Gegnerschaft zu erklären; sie zeugt auch von schlechtem Gewissen. Und das muß auch die große Mehrzahl jener innerhalb der Unionsparteien erschrecken, die, wie viele andere auch, sich Sorge um das innenpolitische Klima machen. Wer blind ist gegenüber den Gefahren von den Extremen, der leistet dem Unheil Vorschub. (ae/cc/7.5.1971/bcy)